

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen sind in allen Fällen ersichtlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat bei Haus 2 RM, (Halbmonatlich 1 RM); durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Aufstellungsgeld) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-Alt. / Geschäftsstelle und Expedition: Schillerstraße 2 / Fernsprechnummer 14193 / Postfach Dresden Nr. 13353, Emil Schlegel-Straße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In allen hiesigen Buchhandlungen / Druckerei: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

2. Jahrgang Dresden, Montag den 3. Mai 1926 Nummer 101

Generalfstreik in England

Vollständige Betriebsstilllegung — Der König verhängt den Ausnahmezustand — Beginn des Kampfes Dienstag vormittag

Eine Konferenz der Vollzugsausschüsse von 200 Gewerkschaften erklärte sich mit überreicher Mehrheit für den Streik. Die Delegierten von insgesamt 3.653.527 Mitgliedern stimmten für den Streik. Delegierte von 25.911 Mitgliedern machten die Vollmacht, 319.000 Gewerkschaftsmitglieder waren nicht voran. Der Sekretär des Transportarbeiterverbandes erklärte, dass die Regierungspolitik proklamiert habe, sie werde es sein, wenn die Regierung zum Krieg mobil macht. Der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes erklärte, dass die Regierung ihren Lohn einziehen solle. Mac Donagh erklärte, die Bergarbeiter wollten keinen Krieg. In einer Versammlung der Delegierten der Arbeiter erklärte Robert Smith, es solle alles getan werden, um noch zu einer Regelung zu kommen, jedoch würde man nicht jeden Preis in Kauf nehmen. Die Delegierten erklärten ihre Bereitschaft, sich zu wehren, wenn die Regierung zu Unrecht in den Streik zwingen würde. Der Streik wird sich auf den Eisenbahn-, Post- und Telekommunikationsdienst, die Industrie, die öffentlichen Schulen, die Polizei, die Krankenhäuser, die Krankenkassen und die öffentliche Gesundheit und die Versorgung der Bevölkerung erstrecken. Die Gewerkschaften werden an einer gerechten Verteilung der Lebensmittel mitwirken. Alle öffentlichen Gebäude werden geschlossen. Die Regierung hat den Ausnahmezustand erklärt. Die Flotte, die auf der Küste in See gehen sollte, ist ebenfalls zurückgehalten. Am 3. Mai abend fand unter dem Vorsitz Baldwin eine Konferenz von Ministern und anderen Persönlichkeiten statt, die sich mit den Notwendigkeiten beschäftigte. Mac Donagh erklärte, dass die Streik im Vergleich mit dem Streik im Jahre 1926 ein Fortschritt sei. Er hofft, dass noch eine Verständigung erzielt werde. Sollte dies jedoch nicht der Fall sein, so würde von allen Seiten der Kampf solange geführt werden, bis Recht und Gerechtigkeit im Sieg errungen hätten. Im Kabinettsrat forderte Mac Donagh, eine Proklamation an die Bevölkerung zu erlassen.

Standpunkt der Gewerkschaften. Darauf trat ein Kabinettsrat zusammen, der bis zum späten Abend endauerte. Die Vertreter des Gewerkschaftsverbandes sahen nach Schluß der Kabinettsberatungen erneut von Baldwin empfangen werden. Beide Parteien haben es bis jetzt abgesehen, über den Inhalt der Verhandlungen Mitteilung zu machen.

Neue Einigungsversuche Baldwin

11. London, 2. Mai. Gestern abend begaben sich einige Mitglieder des Gewerkschaftsverbandes zum Premierminister Baldwin, mit dem sie bis spät in die Nacht über eine Einigungsformel verhandelten. In dem amüslichen Kommuniqué wird festgestellt, daß noch weitere Verhandlungen notwendig seien. Wie von anderer Seite gemeldet wird, haben die Gewerkschaftsvertreter gestern den Standpunkt vertreten, daß der Generalfstreik nicht wirksam werden würde, wenn aussergewöhnliche Verhandlungen zustande kämen.

England in Ausnahmezustand Umwandlung von Geld in Gefängnisstrafen

11. London, 2. Mai. Eine Regierungsverordnung gibt bekannt, daß während des Ausnahmezustandes auch bei Arbeitsverweigerungen alle Geld in Gefängnisstrafen umgewandelt werden.

Die Generalfstreikklärung und das Ausland

12. London, 2. Mai. Die Wirkung der englischen Generalfstreikklärung auf das Ausland wird in London mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, ganz besonders die Stimmen, die aus Deutschland kommen. Überwiegend wird darauf hingewiesen, daß man den englischen Streik in der deutschen Kohlenindustrie als einen außerordentlichen Erfolgsfall bezeichne und die Hoffnung hege, während des Streiks die deutsche Kohlenausfuhr steigern zu können, die bisher unter dem Wettbewerb der durch die Subventionen ermöglichten englischen Kohlenausfuhr sehr darniederliegen habe.

Die Stellung der Komintern zum Bergarbeiterstreik in England

Unterstützung versprochen.
Moskau, 2. Mai. (Telefunken.) Im Zusammenhang mit dem Bergarbeiterstreik in England hat das Präsidium der Komintern einen Aufruf an die Arbeiterparteien der Welt erlassen, in dem die Arbeiter aufgefordert werden, sich der Komintern anzuschließen, da sie dann bessere Vorzüge hätten. Das Präsidium erklärt sich bereit, die Mittel zur Verfügung zu stellen, damit der Kampf für die Bergarbeiter gewonnen werde. Es soll versucht werden, eine Konferenz der Gewerkschaften der zweiten und dritten Internationale einzuberufen, woraus ein Komitee für die Unterstützung der englischen Bergarbeiter zu bilden. In Moskau wird der Kampf zwischen dem englischen Premierminister Baldwin und dem englischen Gewerkschaftsführer Coatswick als der Kampf um die Zukunft Englands sehr viel Wichtigkeit mit der Lage Englands im Jahre 1926 haben.

1 Million Aufmarsch in Moskau

Moskau, 2. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Maidemonstration in Moskau auf dem roten Platz zählte mehr als eine Million Teilnehmer.

Blutige Zusammenstöße in Warschau

Warschau, 2. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Polizei benutzte den Vorwand der Kommunisten, gemeinsam mit den Sozialdemokraten zu demonstrieren, zu einem blutigen Gemisch. Unter dem Vorwand der Verhinderung der Arbeiterwehr, wurde auf den kommunistischen Zug geschossen, wobei 4 Tote und 90 Verletzte auf der Strecke blieben.

Die Arbeiterfußballer für die Einheitsfront

Wie wir erlösen, konnte das bei der SPD-Mitfeier auf den Eisenbahn angeordnete Spiel des Spielvereins gegen den Fußballclub stattfinden, da die Fußballer es ablehnten, für die SPD zu spielen. Sie erklärten, daß sie nur gewillt wären, bei gemeinsamen Kundgebungen der Arbeiterbewegung mitzuspielen.

Der Vertrag zwischen der U.S.S.R. und Deutschland

Von Karl Radt.

Der Kampf der Deutschland und der Sowjetunion ist ein Kampf zwischen zwei Weltmächten. Die Sowjetunion ist eine Weltmacht, die sich auf dem rechten Wege befindet, wenn sie an der wirtschaftlichen und politischen Annäherung beider Nationen arbeitet, die eine Bürgschaft des Friedens in Osteuropa ist. Die Sowjetunion hat den Völkern beider Länder und beiden Regierungen wieder einmal gezeigt, daß sie sich auf dem richtigen Wege befinden, wenn sie an der wirtschaftlichen und politischen Annäherung beider Nationen arbeitet, die eine Bürgschaft des Friedens in Osteuropa ist. Die Sowjetunion hat den Völkern beider Länder und beiden Regierungen wieder einmal gezeigt, daß sie sich auf dem richtigen Wege befinden, wenn sie an der wirtschaftlichen und politischen Annäherung beider Nationen arbeitet, die eine Bürgschaft des Friedens in Osteuropa ist.

Es bedarf, daß trotz der Anstrengungen Großbritanniens, Deutschland in den britischen Karren zu spannen und es zu einem Werkzeug des Kampfes gegen die Sowjetunion zu machen, die deutsche Regierung inlaunde ist, die wachsende Kraft der Sowjetunion zu schätzen und daß sie auf enge Beziehungen mit ihr Gewicht legt.

Die Hindenburg-Republik, die Regierung Quinners und Stresemanns ist eine Regierung der kapitalistischen Klasse. Die kapitalistische Regierung Deutschlands hat keine Interessen, das Land der Arbeiter und der Bauern zu lieben, aber sie verfügt über hinreichenden politischen Realismus und Begreift, daß, je weniger fest die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion sein werden, um so schwächer die Stellung Deutschlands gegenüber den Ländern des reichlichen Kapitalismus sein wird. Die Erfahrungen der letzten Tagung des Völkerbundes haben der deutschen Regierung gezeigt, wie wenig die kapitalistischen Großmächte auf Deutschland Rücksicht nehmen, wie sehr sie annehmen, daß Deutschland keine Wahl hat und gezwungen ist, ihnen gefällig zu sein.

Die deutsche Regierung erklärte in ihrer Note, daß sie mit der Regierung der Sowjetunion freundschaftlichen Kontakt halten werde, um die Meinungen in Uebereinstimmung zu bringen in allen Fragen, die die gegenseitigen Interessen beider Länder betreffen. Sie erklärt, daß, wenn der Völkerbund, entgegen den Erwartungen der deutschen Regierung, sich bemühen sollte, eine Politik zu betreiben, die einseitig gegen die Sowjetunion gerichtet wäre, die deutsche Regierung sich diesen Bestrebungen mit aller Energie widersetzen werde.

Diese öffentlich vor dem Angesicht der ganzen Welt übernommenen Verpflichtungen besitzen große politische Bedeutung. Beide Länder streiten durch ihre Regierungen an die Ausarbeitung einer Methode einer schiedsgerichtlichen Entscheidung aller zwischen ihnen entstehenden Fragen. Wenn es gelingen wird, auf diesem Gebiete einen Erfolg zu erzielen, so wird es keine Fragen geben, die die Beziehungen zwischen beiden Mächten verfeindeten können. Was aber Verträge dritter Mächte betrifft, Deutschland in Konflikte mit der Sowjetunion hineinzuziehen, so verpflichtet sich Deutschland, sich mit aller Energie solchen Bestrebungen zu widersetzen.

Der Berliner Vertrag legt die Beziehungen Deutschlands im Falle des Ueberfalls einer dritten Macht oder einer Mächtekoalition auf die Sowjetunion fest. In einem solchen Falle verpflichtet sich Deutschland, an einem solchen Ueberfall nicht teilzunehmen, wenn er entgegen dem friedlichen Verhalten der Sowjetunion stattfinden sollte. Die Sowjetdiplomatie und die Sowjetregierung, die die Interessen der nach Frieden strebenden Völkern wahrnehmen, werden wirklich keinem vorurteillosen Richter Gründe geben, unsere Politik unfriedlichen Verhaltens zu beschuldigen. Da aber Deutschland erklärt, daß es, wenn es in den Völkerbund eintritt, sich das Recht vorbehält, zu entscheiden, was eine zum Konflikt führende Politik betriebe, hat, so kommt der Berliner Vertrag in beträchtlichem Maße die Schwere des Vertrages von Locarno ab.

Wir wissen sehr gut, daß ein entscheidendes Element in der Politik der bürgerlichen Staaten die Interessenpolitik ist. Wir wissen, daß die kapitalistischen Mächte genügend materielle Mittel für einen Druck auf Deutschland haben, selbst dann, wenn es formell selbst keine Politik bestimmt. Darum sind wir nicht geneigt, die Bedeutung irgendeines diplomatischen Dokumentes zu übertrieben. Der Berliner Vertrag muß durch eine Festigung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion und durch das Band des Proletariats der Sowjet-

Die englische Arbeiterbewegung hat wieder vor einem gewaltigen Kampf, wie ihn seit langem keine Arbeiterbewegung gekannt hat. Wenn die Kapitalisten nicht noch heute nachgeben, wird England morgen kriegsähnlich werden. Die englischen Arbeiter erproben damit, wie an jenen roten Freitag vor fünf Jahren, die Kampfgeist einer geschlossenen, selbstbewussten Arbeiterarmee. Das ist ein internationaler Proletariat muß in diesem Kampf Seite an Seite mit den englischen Arbeitern stehen. Keine Schamhaftkeit darf die Arbeiterbewegung nach England verhindern werden. Jeder Arbeiter in Deutschland muß von Anfang an ablehnen, als Streikbrecher gegenüber den englischen Kollegen aufzutreten. Nur eine große Solidarität, wenn der Ruf zur Unterstützung ertönt, bürt die deutsche Arbeiter nicht leiser. Hilfe und Mut zur Unterstützung, zur Sammelmaßnahme für das kämpfende englische Proletariat!

Kampf für die Rettung der Arbeiterbewegung

London, 2. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Nachdem die Konferenz der Vollzugsausschüsse im Namen von 35 Millionen englischen Gewerkschaften den Generalfstreik in ganz England zur Unterstützung der englischen Bergarbeiter gegen die Antikommunistenoffensive verkündet, erklärt der König den Ausnahmezustand. Die Regierung traf alle kriegsähnlichen Maßnahmen, um den Generalfstreik abzuwehren. Die Gewerkschaften führen eine gewaltige Mobilisierung durch. In einem Aufruf des Vorsitzenden des Gewerkschaftsverbandes werden alle Arbeiter und Arbeiterinnen zum Kampf für die Rettung der Arbeiterbewegung und besonders der Bergarbeiterbewegung aufgefordert. Im Falle des Generalfstreiks ist die Sicherung der Industrie aus Elektrifizierung, Wasserwerk, und der gesamte Verkehr wird stillgelegt. Nur die für die öffentliche Gesundheit und Volksernährung notwendigen Dienstleistungen sollen nicht unterbrochen werden. Aus allen Bergwerksgebieten wird bereitwillige Arbeitsbereitstellung berichtet. Die kapitalistische Presse hat sich ihrer Stillelegung durch den Generalfstreik eine große Bege gegen die gesamte Arbeiterbewegung entgegen. Sie versucht nun vergeblich kommunistischen Anreizen. Die Regierung hat Truppen nach den Bergwerksgebieten geschickt, um die Polizei zum Schutz des kapitalistischen Eigentums zu unterstützen. Auch die Flotte wird kampfbereit gehalten. In dieser ungeheuren Zuspitzung ist eine Entspannung eingetreten durch neue Verhandlungen des Generalrates mit der Regierung Baldwin. Vom Ergebnis dieser Verhandlungen wird abhängen, ob dieser gewaltigste Streik, den je ein internationaler Arbeiterkampf kennen lernte, zur Wirklichkeit werden wird.

Dauerkabinettsrat in London

11. London, 2. Mai. Am Sonntag vormittag fand ein Vertreter des Gewerkschaftsverbandes zum Premierminister und machte ihm neue Mitteilungen über den

Kommunisten sind vogelfrei!

Der Reichsausschuh des Landtages beschließt die Verhaftung des Genossen Böttcher.

Der Reichsausschuh des Landtages verhandelte am Donnerstag einen Antrag des Obergerichtsrates auf Genehmigung der Verhaftung des Genossen Böttcher. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Der Reichsausschuh des Landtages hat sich für die Verhaftung des Genossen Böttcher ausgesprochen. Der Reichsausschuh des Landtages hat sich für die Verhaftung des Genossen Böttcher ausgesprochen. Der Reichsausschuh des Landtages hat sich für die Verhaftung des Genossen Böttcher ausgesprochen.

Der Reichsausschuh des Landtages verhandelte am Donnerstag einen Antrag des Obergerichtsrates auf Genehmigung der Verhaftung des Genossen Böttcher. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Reichsausschuh des Landtages verhandelte am Donnerstag einen Antrag des Obergerichtsrates auf Genehmigung der Verhaftung des Genossen Böttcher. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Eingabe des Genossen Hermann Franke vor dem Prüfungsausschuh

Schon einige Male waren diese Eingaben Gegenstand einer Aussprache im Prüfungsausschuh. Franke vertritt die Forderung, dass die Verhaftung des Genossen Böttcher nicht ohne Weiteres genehmigt werden sollte.

Die Regierung soll sich aus der Begnadigung durchsetzen. Die Regierung soll sich aus der Begnadigung durchsetzen. Die Regierung soll sich aus der Begnadigung durchsetzen.

Die Dresdner Zellendelegierten zur Lage in der Partei

Eine Ende voriger Woche stattgefundene Besprechung der Zellendelegierten nahm gegen zwei Stimmen folgende Entscheidung an: Die Zellendelegierten-Konferenz in Grotz-Dresden erklärt ihr Einverständnis mit den in der erweiterten Exekutive gefassten Beschlüssen.

Parteinachrichten. Ausblick auf die Partei. Gottwald, Heidenau, wurde wegen ungewisser Propaganda aus der Partei ausgeschlossen.

Beitrag Chefredakteur der „Sächsischen Staatszeitung“

Die KPD-Partei organisiert die Landtagswahlen. Die KPD-Partei organisiert die Landtagswahlen. Die KPD-Partei organisiert die Landtagswahlen.

Großer gewerkschaftlicher Informationsabend

Arth. Rosenberg M. spricht Dienstag, den 4. Mai, abds. 7 Uhr im „Bürgerkasino“ über Amerikanismus und Rationalisierung.

Zur Zeit ist diesem Informationsabend haben alle Parteimitglieder, unbedingt anwesend müssen aber sein: Alle Gewerkschaftsfunktionäre, Betriebsräte und Vertrauensleute. Die auswärtigen Ortsgruppen sind angewiesen, sich nach Möglichkeit daran zu beteiligen, mindestens aber Delegierte zu entsenden.

Arbeiter Sport

Fußballsport vom Sonntag

1. Klasse:

Schwarz-Weiß 10:1 (2:2). Im Rahmen der Meisterschaft dieses Spiel der vielen Fehltore, da dem beide Mannschaften mit je zwei Mann Ersatz antraten. Das Spiel war sehr unruhig und unebenmäßig. Der linke Flügel war besonders gefährlich. Das Spiel war sehr unruhig und unebenmäßig. Der linke Flügel war besonders gefährlich.

Pirna-Sportfreunde 00 11:1 (4:0). Pirna sehr gut im Angriff mit gelungem Torhüter.

Untere Mannschaften. Kühnig 1-Kamen; 1:1; DSB 2-Heidenau 2:2; Eintracht 3-Heidenau 3:2; DSB 4-Wuppertal 2:0; Doppelschwalbe 1-Cohmannsdorf 8:0; Doppelschwalbe 1-Cohmannsdorf 8:0; Doppelschwalbe 1-Cohmannsdorf 8:0.

Auswärtige Resultate.

Veitshage Bezirk. Amateure 04-Biktoria 04 3:2; Anhalt-Hörsing-Rodern 0:4; Breußen, Rodau-Wiederitzsch 7:1; Großschöcher-Baumdorf 6:1; Sachsen, Gaußig-Biktoria 12 6:2; Borna-Rommant 01 1:2; Sparta-Jahn, Veitshage 2:2; Regis, Deußen-Sportklub 04 2:3.

Veranstaltungenkalender

Arbeiter-Radioklub Freital. Wir bitten unsere Mitglieder darauf hin, daß Dienstag, den 4. Mai, abends 8 Uhr die Hauptversammlung im „Gasthof zum Zeiger“ stattfindet. Ersuchen wir Mitglieder ist Pflicht. — Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, im obengenannten Lokal: Vorkonferenzen unter sachkundiger Leitung. Neue Mitglieder werden jederzeit gern aufgenommen.

